

sozial

Arm. Alt. Unsichtbar.

In der Schweiz leben Zehntausende
ältere Menschen in schwerer Armut.
Warum wir hinschauen müssen.

Seite 12



EDITORIAL

Damit Armut bekämpft wird, müssen wir sie sichtbar machen

300 000: So viele ältere Menschen in der Schweiz leben an der Armutsgrenze. Fast 50 000 dieser Senior:innen sind ausweglos arm. Dies ergab eine Studie, die unser Departement für Pro Senectute Schweiz durchführte. Als diese Zahlen letztes Jahr durch die Medien gingen, war die Irritation riesig. Wie ist das möglich in einem Land, wo die Menschen doch zu den reichsten der Welt gehören? Und warum war uns dieses Ausmass nicht bewusst?

Die Antwort auf die zweite Frage lautet: Weil Armut hierzulande weitgehend unsichtbar ist. An vielen Orten dieser Welt ist das anders. Ich habe Bilder von menschenunwürdigen Umständen gesehen, die mir nie wieder aus dem Kopf gehen werden. Zum Beispiel als ich in den Nullerjahren für die UNO in Haiti gearbeitet habe. Oder immer wieder bei Forschungsaufenthalten auf dem afrikanischen Kontinent.

Damit Menschen und letztlich Regierungen solche Armut bekämpfen, muss man sie sichtbar machen – wenn nicht in Bildern, dann wenigstens in Zahlen. Als Ausbildungs- und Forschungsstätte für Soziale Arbeit sehen wir es als unsere Pflicht, dazu beizutragen. Und zu erklären, wie es dazu kommen konnte, dass sich so viele Schweizer:innen das Leben kaum leisten können. Einer, der dies tut, ist Rainer Gabriel. Er ist Co-Leiter der erwähnten Studie. Lesen Sie seinen Artikel «Armes reiches Land» in diesem Heft und zeigen Sie diesen auch anderen. Denn je mehr hinschauen, desto besser.

Herzlich,
Frank Wittmann
Direktor ZHAW Soziale Arbeit

Impressum

HERAUSGEBERIN
ZHAW Soziale Arbeit
Pfingstweidstrasse 96
Postfach, 8037 Zürich

REDAKTION
Regula Freuler (Leitung); Andrea Koch,
Notice Design, Zürich (Gestaltung);
Beatrice Geistlich (Bild).
Mitarbeitende dieser Ausgabe: Joel
Bedetti, Denise Jeitziner, Aline Wüst.

ADRESSÄNDERUNGEN
zhaw.ch/sozialearbeit/adressaenderung

KOSTENLOS ABONNIEREN
zhaw.ch/sozial-abonnieren

ABBESTELLEN
adressverwaltung.sozialearbeit@zhaw.ch

DRUCK UND AUFLAGE
Schmid-Fehr AG, Goldach;
21000 Exemplare; erscheint
zweimal jährlich

Klimaneutral gedruckt auf
FSC-zertifiziertes Papier.
Gedruckt in der Schweiz.

zhaw.ch/sozialearbeit





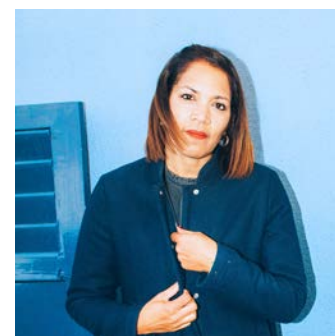
Altersarmut Schweiz
Seite 12



Zwangsversorgung im Kanton Uri
Seite 24



Wohnen im Alter
Seite 10



Alumna Audrey Hauri
Seite 28

FORSCHUNG — PRAXIS — WEITERBILDUNG

6 **Amtsscheu**

In einem politischen Amt könnten Sozialarbeitende viel für ihre Klient:innen tun. Dennoch ist nur eine Minderheit in einer Partei. Warum ist das so?

9 **Die Pandemie erforschen**

Kinderschutz, Migrantinnen und Resilienz: neue Studien zu den Auswirkungen von Covid-19

10 **In den eigenen vier Wänden**

Schweizer Städte testen Modelle, dank denen Senior:innen möglichst lange zu Hause leben können.

12 **Fehler im System**

Warum Altersarmut in der Schweiz weiterhin besteht – und was wir dagegen tun könnten.

22 **Schutz vor dem Burn-out**

Professionelles Arbeiten in der Heimerziehung und in Pflegefamilien ist anspruchsvoll.

24 **Eingesperrt**

Wie dank Oral History die fürsorglichen Zwangsmassnahmen im Kanton Uri aufgearbeitet werden konnten.

RUBRIKEN

4 **NOTIERT**

Neues aus dem Departement Soziale Arbeit

18 **INTERVIEW**

mit einer Jugendarbeiterin, einem Kriminologen und einer Gewaltberaterin über Jugendkriminalität

28 **ALUMNI**

Masterabsolventin Audrey Hauri leitet die Sozialen Dienste des Kantons Glarus

29 **SOZIPEDIA**

Eine Kolumne über Fachbegriffe auf Abwegen

30 **INTERNATIONAL**

von Sahar Almakhamreh in Amman (Jordanien)

31 **VERANSTALTUNGEN**

32 **CARTOON**

von Lawrence Grimm

PARTIZIPATION

Jugend macht Politik

Was motiviert Schweizer Jugendliche, politisch aktiv zu werden? Im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen gingen die ZHAW Soziale Arbeit und das Forschungsbüro Econcept unter Beteiligung der HES-SO und der SUPSI diesen und weiteren Fragen nach. In einem innovativen Studiendesign wurden unter der Leitung von Susanne Nef vom **Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe** unter anderem Barcamps und partizipative Gruppendiskussionen durchgeführt und überdies rund 800 Jugendliche befragt. Rund 74 Prozent der Antwortenden können sich (eher) vorstellen, sich in Zukunft (noch) mehr oder stärker politisch zu beteiligen. Wichtig ist dabei, das Verständnis von politischer Partizipation über die institutionelle Beteiligung wie Abstimmen auszuweiten.

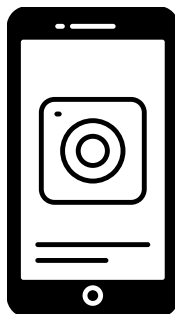
→ [soziale-sicherheit-chss.ch](https://www.zhaw.ch/soziale-sicherheit-chss.ch)



INSTAGRAM

👉 **#zhawsozialearbeit**
#studieren 🍷 🚀

Wie bewerbe ich mich für ein Studium an der ZHAW Soziale Arbeit? Was erlebt man so bei einem Praktikum im Ausland? Wie finde ich meine Hörsäle im Campus Toni-Areal, und was gibt's in der Kantine zu essen? Antworten darauf und vieles mehr findet ihr ab sofort auf dem Instagram-Kanal des Departements Soziale Arbeit, der sich rund ums Student:innenleben dreht. Wir zeigen euch die Angebote am Campus, geben praktische Informationen und vertrauen den Kanal auch ab und zu unsere Studierenden an - vielleicht demnächst auch dir?



→ [instagram.com/zhawsozialearbeit](https://www.instagram.com/zhawsozialearbeit)

QUALITÄTSENTWICKLUNG IN KITAS

Weil arbeiten mit Kindern kein Kinderspiel ist

Ab Frühling 2023 richtet die ZHAW eine externe Fachstelle mit dem **Weiterbildungsangebot «Qualität in Zürcher Kitas – Weiterbildung und Prozessbegleitung»** ein. Das Ziel ist, die Arbeit mit Kindern und Eltern nachhaltig zu verbessern sowie die Kitas dabei zu unterstützen, einen eigenständigen Qualitätsentwicklungsprozess zu etablieren. Drei Module stehen zur Auswahl. Eines für Kita-Leitungen mit Fokus auf Fragen der Organisation und Führung; eines für das Fachpersonal von Kita-Gruppen, das eine Kombination von Weiterbildungen und Fachdiskussionen zur Alltagsgestaltung der pädagogischen Arbeit bietet; und ein drittes, in dem es um die Überprüfung der eigenen Qualitätssicherung geht. Die Teilnahme der Kitas und die Kosten für das jeweilige Modul werden vom Sozialdepartement der Stadt Zürich getragen, in deren Auftrag die Fachstelle entsteht. Die Teilnahme ist freiwillig. Franziska Widmer vom **Institut für Kindheit, Jugend und Familie** leitet das Programm, das in Kooperation mit der Fachhochschule Ost entwickelt wird.

→ Sind Sie interessiert? Schreiben Sie an: franziska.widmer@zhaw.ch

Hacker zielen auch auf soziale Organisationen

Die Zahl der Cyberangriffe auf Firmen nimmt stetig zu. Im letzten Jahr wurden rund 70 Prozent der Schweizer Wirtschaftsunternehmen Opfer einer digitalen Attacke. Wie sieht es bei Organisationen im Sozialbereich aus, beispielsweise bei NGOs, Vereinen, Freiwilligenorganisationen oder Parteien, die über sensible Daten ihrer Klient:innen verfügen? Dieser Frage ist ein Team des **Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention** unter der Leitung von Dirk Baier nachgegangen. In der ersten explorativ angelegten Studie dieser Art wurden über 2000 Organisationen, vorwiegend im Grossraum Zürich, angeschrieben; knapp 400 nahmen an der Befragung teil. Die Gelegenheitsstichprobe zeigte: Auch Organisationen im Sozialbereich sind für Cyberkriminelle attraktiv. Ihr Risiko, Opfer einer Attacke zu werden, fällt ähnlich hoch aus wie für Wirtschaftsunternehmen. So gaben rund 62 Prozent der befragten Organisationen an, in den letzten zwölf Monaten mindestens einmal einen Cyberangriff erlebt zu haben. Am häufigsten kam es zu Phishing-Attacken, gefolgt von Angriffen mit anderer Schadsoftware und Support-Betrug. Grössere Organisationen wurden häufiger angegriffen als kleinere – oder sie erkannten

Angriffe häufiger. Der dabei entstandene Schaden betrug im Mittel 2000 Franken. Bei der Frage nach Sicherheitsmassnahmen zeigte sich, dass sich soziale Organisationen in der Regel weniger gut vor Cyberkriminalität schützen als Wirtschaftsunternehmen.

→ doi.org/10.21256/zhaw-25678



Covid-19 hinter Gittern

Abstand halten, viel lüften, sich möglichst oft draussen aufhalten: Wo verschlossene Türen und Fenster sowie ein enges Zusammenleben zum Alltag gehören wie im Gefängnis, konnte nicht allen dieser Massnahmen in der Pandemie konsequent Folge geleistet werden. Dennoch kam der Schweizer Strafvollzug erfolgreich durch diese zwei Jahre. Dies zeigen verschiedene Forschungsansätze, die im Sammelband «Covid-19 im Strafvollzug» nachzulesen sind. Zu den acht Beiträgen gehören auch Good-Practice-Beispiele aus vier Einrichtungen. Durch qualitative und quantitative Forschungszugänge erfährt man sowohl aus der Perspektive der Insass:innen wie auch aus jener der Mitarbeitenden und Direktor:innen, was dieser Ausnahmezustand für sie bedeutet hat. Das Herausgeber-Duo, Melanie Wegel und Dirk Baier vom **Institut für Delinquenz und Kriminalprävention**, geben mit dem Band einen vielseitigen Eindruck von der hohen Professionalität, mit der unter schwierigen Bedingungen gearbeitet wurde.

→ Als E-Book unter doi.org/10.21256/zhaw-26002 oder nomos-shop.de kostenlos erhältlich

DIE ZAHL

1,5 h

So viel Zeit hat eine Beistandsperson im Monat pro Klient:in. Oft betreut eine Fachkraft über 80 Klient:innen – ideal wären maximal 60 Erwachsene oder 50 Kinder.

Quelle: Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES)





**Partecipolitik?
Nein danke!**

Obwohl sie sich damit für benachteiligte Menschen starkmachen könnten, üben nur wenige Sozialarbeitende ein politisches Amt aus. Was hält sie davon ab? Selin Demircali kennt die Antwort.

Von JOEL BEDETTI

Seit zwei Jahren ist Selin Demircali im Vorstand der SP Weinfelden – ein Amt, das sie bereits neben ihrem Studium an der ZHAW innehatte. Mit ihrem parteipolitischen Engagement war sie unter ihren Kommiliton:innen eine Ausnahme. Es haben sich zwar viele für Politik interessiert, aber kaum jemand wollte sich in einer Partei engagieren. Demircali wollte herausfinden, weshalb das so ist und wie sich das ändern liesse – und hatte damit das Thema für ihre Masterarbeit gefunden, mit der sie vergangenes Jahr ihr Studium abschloss.

Sozialarbeitende bewegen sich von Berufs wegen in einem Spannungsfeld: Engagiert und professionell stehen sie ihren Klient:innen in persönlichen Lebensumständen zur Seite, ihre Handlungsfähigkeit wird dabei aber oft durch politisch stark beeinflusste Vorgaben beschränkt. Es ist naheliegend, dass Sozialarbeitende sich über die Verbesserung der persönlichen Situation hinaus für ihre Klient:innen einsetzen wollen. Etwa, indem sie sich für bessere politische Rahmenbedingungen von benachteiligten Menschen starkmachen. Der Weg dazu? Zu erwarten wäre: einer Partei beitreten und ein Amt übernehmen. So wie Demircali es tat.

Pflicht oder Risiko?

Was logisch scheint, ist jedoch umstritten. Es gibt zwar durchaus Stimmen, die es als Aufgabe der Sozialen Arbeit verstehen, strukturelle Bedingungen der Klient:innen zu gestalten und in politischen Debatten für deren Rechte einzustehen. Diese finden beispielsweise, die Profession habe es verpasst, sich in die Debatte um Sozialhilfe-Missbrauch in den Nullerjahren einzubringen. Andere hingegen verstehen Sozialarbeitende als staatlich angestellte Dienstleister:innen, die mit einem politischen Engagement ihre Kompetenzen überschreiten und womöglich Klient:innen instrumentalisieren, so die Befürchtung.

Doch zurück zu Demircalis Frage: Was hält ihre Berufskolleg:innen davon ab, sich parteipolitisch zu engagieren? In einer quantitativen Untersuchung befragte sie dafür die Mitglieder des

Berufsverbands AvenirSocial Region Ostschweiz. Ein Verband übrigens, der im Berufskodex explizit zum politischen Engagement auffordert. Kodex hin oder her: Politische Mandate sind auch bei AvenirSocial-Mitgliedern rar. An Demircalis Befragung nahmen 102 Personen teil, nur gerade 10 von ihnen üben ein politisches Amt aus. Interessiert hat sich Selin Demircali für die anderen 92 Personen. Also diejenigen, die kein aktives Mandat ausüben. Mithilfe ihrer Antworten hoffte Demircali, besser zu verstehen, wie Sozialarbeitende zu einem politischen Amt stehen und was sie beeinflussen würde, eines anzunehmen.

Politischer als der Durchschnitt

In einer Online-Umfrage konnten die Teilnehmenden bei den einzelnen Fragen jeweils sieben Kästchen ankreuzen – von keiner Zustimmung (1) bis zur vollen Zustimmung (7). Für die Auswertung ermittelte Demircali die Summe der Antwortpunkte und teilte diese durch die Anzahl der befragten Personen. Was dabei herauskommt, ist der Mittelwert. Liegt er über der Skalenmitte, ist die Tendenz positiv, darunter ist sie negativ.

Ein wichtiger Befund der Masterarbeit: Die Befragten sind einem parteipolitischen Engagement gegenüber klar positiv (Mittelwert: 5,01) eingestellt. Noch klarer (6,11) vertreten ist die Auffassung, dass sie sich damit für ihre Klient:innen zusätzlich starkmachen könnten. «Die hohe Zustimmung hängt womöglich auch damit zusammen, dass die Befragten Mitglied im Berufsverband sind», vermutet Demircali. Fast die Hälfte aller Befragten zeigt sich ausserdem politisch interessiert. Das ist eine höhere Quote, als Personen mit tertiärer Ausbildung in der Schweiz durchschnittlich haben.

Je verbindlicher sich die Sozialarbeitenden aber zum politischen Engagement äussern mussten, desto tiefer wurde die Zustimmung. So fiel die Absicht, künftig ein politisches Amt auszuüben, negativ (3,2) aus. Man nennt das «kognitive Dissonanz», wie Demircali



Laut einer US-Studie steigerten politische Inhalte im Studium die Absicht von Studierenden, für ein Amt zu kandidieren von 37 auf 68 Prozent.

sagt. Auch andere Untersuchungen im deutschsprachigen Raum kamen zu diesem Befund.

Gegen ein politisches Engagement spricht dabei vor allem eines: die Zeit. Vorherrschende Meinung unter den befragten Sozialarbeitenden ist, dass ein politisches Amt einen grossen Aufwand mit sich bringt (Mittelwert: 5,98). Zudem sinkt bei den Befragten mit zunehmendem Alter die Absicht, parteipolitisch aktiv zu werden. Diese Erkenntnis steht im Gegensatz zu einer anderen wissenschaftlichen Untersuchung aus Deutschland. Diese zeigt, dass politisches Engagement unter Sozialarbeitenden im Alter zwischen 31 und 35 Jahren einen ersten Höhepunkt erreicht und dann erneut zwischen 56 bis 60 einen zweiten Höhepunkt findet. Bei dieser Untersuchung ging es jedoch generell um politische Aktivität und nicht nur um parteipolitisches Engagement, betont Demircali, was den mutmasslichen Widerspruch auflösen könnte. «Womöglich sind ältere Sozialarbeitenden bereits anderweitig eingebunden und ziehen deshalb weniger zeitintensive Engagements als offizielle Ämter vor», sagt die Absolventin der ZHAW.

Flexible Arbeitgeber:innen

Unbestritten ist, dass Zeit bei einem politischen Engagement eine Rolle spielt. Vermutlich deshalb machen die Befragten ihre Entscheidung für ein politisches Mandat auch davon abhängig, wie ihr Umfeld darüber denkt. Am wichtigsten ist die Meinung der Familie (4,77), gefolgt vom Freundeskreis und von Arbeitskolleg:innen. Weniger Einfluss hat, was der oder die Arbeitgeber:in dazu meint (3,82). Obwohl gerade da eine Spannung besteht, wie Selin Demircali weiss: «Bei Bewerbungen gab ich mein politisches Engagement nicht immer an.» Sie befürchtete, in gewissen Gemeinden wäre nicht gern gesehen worden, dass sie sich für die SP engagiert.

Seit letztem Dezember arbeitet Demircali bei den Sozialen Diensten der Stadt Zürich. Nun muss sie Beruf und Politik unter einen Hut bringen. «Ich hoffe, dass ich für eine Sitzung auch

einmal früher von der Arbeit weggehen kann», sagt sie und ist damit optimistischer als die Teilnehmenden ihrer Studie. Diese bewerten ein Entgegenkommen im Job als eher unwahrscheinlich (3,10). Das hat Demircali erstaunt, da Personen mit einem politischen Amt laut Arbeitsrecht Anspruch auf einzelne freie Tage haben. «Entweder ist dies ein Hinweis darauf, dass die Befragten ihre Rechte nicht genügend kennen – oder es zeugt von einer gegenteiligen Alltagspraxis.» Dabei wäre Entgegenkommen an der Arbeitsstelle einer der Schlüssel für mehr parteipolitisches Engagement: Bei der Mehrheit (5,13) würde das die Motivation für ein Amt steigern.

Politik im Studium motiviert

Ebenfalls motivierend (5,20) wäre laut den Befragten, wenn während der Ausbildung die nötigen Fähigkeiten dazu vermittelt würden. Selin Demircali wollte deshalb wissen, ob ein Studium der Sozialen Arbeit das nötige Rüstzeug bietet, um sich nicht nur um Einzelfälle, sondern auch um politische Strukturen zu kümmern. Die Zustimmung dazu war knapp positiv (4,07).

Im angelsächsischen Raum, wo die politisch aktive Rolle der Sozialen Arbeit weniger umstritten ist als im deutschsprachigen Kulturraum und auch eine längere Tradition hat, fordern Forschende eine stärkere Integration von politischen Inhalten in die Ausbildung. Mit gutem Grund: Eine US-Studie ergab, dass ein entsprechendes Training von Studierenden deren Absicht steigerte, künftig für ein Amt auf lokaler Ebene zu kandidieren, und zwar von 37 auf beeindruckende 68 Prozent. Demircalis Schlussfolgerung: Statt nur mit elementaren Politikkenntnissen sollten Studierende der Sozialen Arbeit die Hochschule auch hierzulande mit einem fundierten Verständnis von politischen Prozessen verlassen. Ob die ZHAW entsprechende Module ins Studium integrieren sollte, hängt wiederum von der Frage ab, wie politisch Soziale Arbeit sein soll. ✕

→ **Masterthesis:**
doi.org/10.21256/zhaw-26459



Die Pandemie und wir

Gleich drei Anträge der ZHAW Soziale Arbeit wurden für das Nationale Forschungsprogramm «Covid-19 in der Gesellschaft» (NFP 80) bewilligt. Tim Tausendfreund und David Lätsch leiten ein Projekt, um die Krisenfestigkeit des Kinderschuttsystems retrospektiv zu beleuchten und Rückschlüsse zur Optimierung zu ziehen; Anke Kaschlik erkundet urbane Räume, welche die Resilienz junger Menschen während der Pandemie stärkten; Dilyara Müller-Suleymanova ist Co-Leiterin einer Studie zu den Auswirkungen der Pandemie auf Migrantinnen, die im Hauswirtschaftssektor tätig sind. Für die 25 Projekte des NFP 80 steht ein Budget von total 11,2 Millionen Franken bereit.



Schöner wohnen heisst auch autonom wohnen

Zum guten Altern gehört für die meisten, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Bloss: Wie gelingt das?

Von UWE KOCH und
RAHEL STROHMEIER NAVARRO SMITH

Nehmen wir Margrit Hunkeler und Pedro Rodrigues. Die 83-Jährige spielt noch jeden Tag Klavier und ist sozial gut vernetzt. Vor 30 Jahren erkrankte sie an Parkinson. Sie weiss, dass ihr eine Tanztherapie guttun würde. Bloss leisten kann sie sich diese nicht. Herr Rodrigues ist 77 Jahre alt und sehr selbstständig, doch seine Kinder sorgen sich, dass er zu Hause hinfallen könnte. Ein Alarmknopf würde Sicherheit schaffen. Auch bei ihm ist das Geld knapp. Ins Altersheim wollen beide nicht. Zumindest vorerst nicht.

Diese fiktiven und dennoch sehr realistischen Fälle zeigen: Wie lange jemand in den eigenen vier Wänden bleiben kann, ist auch eine Frage der Finanzen. Therapie und Alarmknopf, ebenso das Sitzbrett in der Dusche, eine Haushaltshilfe oder Unterstützung beim Zahlen der Rechnungen – das alles kostet. Genauso die Entlastung für die Frau, die ihren erkrankten Ehemann zwar gern zu Hause pflegt, aber hin und wieder einen Nachmittag frei braucht, um selbst Kraft zu tanken. Solche Kosten werden im Sozialversicherungssystem heute ungenügend vergütet. Menschen mit wenig Geld haben daher kaum Möglichkeiten, einen Heimeintritt hinauszuzögern oder zu verhindern.

Auf kommunaler, kantonaler sowie eidgenössischer Ebene gibt es nun allerdings immer mehr Bestrebungen, diese Lücke zu schliessen. Das ist auch nötig. In der Stadt Zürich lebt 40 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahren allein.

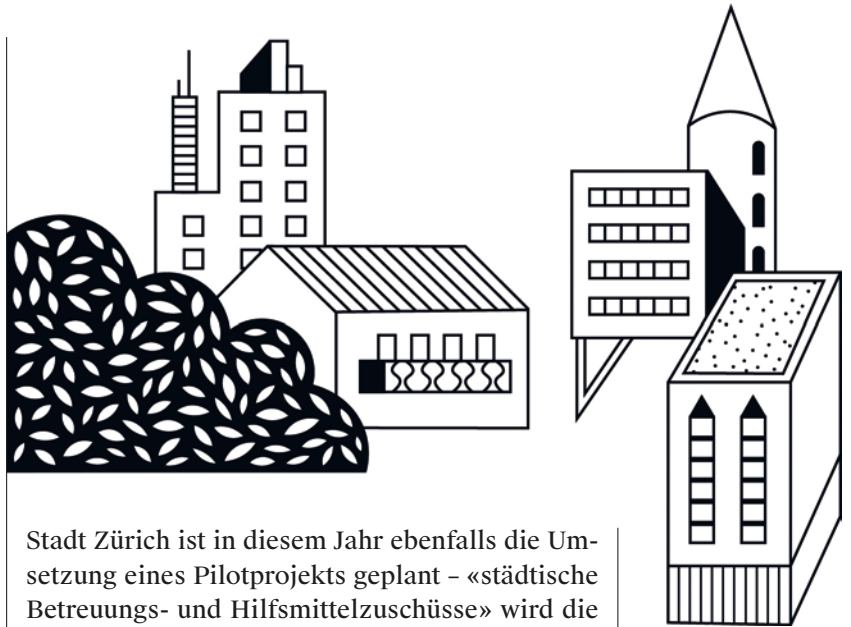
Ein weiteres Drittel wohnt mit der Ehepartnerin oder dem Ehepartner zusammen. Die Zahlen zu Heimeintritten sind zwar rückläufig, zunehmend aber

diejenigen für häusliche Betreuung und Pflege. Auch die Bedeutung von Tages- oder Ferienaufenthalten in einer Institution zur Entlastung von betreuenden Angehörigen wächst. Die Bereitschaft, sich in der Familie gegenseitig zu unterstützen, ist zwar nach wie vor hoch. In der Realität wird es aber immer schwieriger, diesen Aufwand auch tatsächlich zu leisten. Zum einen, weil die Familien kleiner geworden sind und die einzelnen Mitglieder nicht mehr unter einem Dach, sondern oftmals in verschiedenen Städten oder gar Ländern leben. Zum anderen, weil immer mehr Frauen berufstätig sind und es eben immer noch Frauen sind, die den Hauptteil der Pflege und der Betreuungsleistung erbringen. Kommt hinzu, dass immer häufiger beide (Ehe-)Partner:innen gleichzeitig fragil werden, was die gegenseitige Unterstützung und Pflege schwieriger macht. Das alles bedeutet: In Privathaushalten wird die Nachfrage nach Unterstützung durch professionelle Dienste wie auch durch Freiwillige in den kommenden Jahren weiter steigen.

Wegweisendes Projekt mit Gutscheinen

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, beschritt die Stadt Luzern 2018 neue Wege: Senior:innen bekommen Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen. Die Stadt erhoffte sich damit, die Lebensqualität und die soziale Vernetzung ihrer älteren Bevölkerung zu steigern. Denn wer dank eines Gutscheins das Rollstuhltaxi bezahlen kann, um einmal in der Woche auswärts Freund:innen zu treffen, fühlt sich besser. Die Gutscheine sollen auch Hilfe im Haushalt oder Anpassungen der Infrastruktur ermöglichen. Nicht zuletzt sollen Angehörige entlastet werden. Mit solch individueller Unterstützung einen Heimeintritt zu verzögern oder zu verhindern, ist aus finanzieller Sicht ganz im Sinn der öffentlichen Hand. Das Pilotprojekt lief Ende 2022 aus. Das Modell wird nun definitiv eingeführt, obwohl die Evaluierung nicht eindeutig belegt, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen Gutscheinen und der Verzögerung von Heimeintritten gibt. Sehr wirksam waren die Gutscheine aber nachweislich bei der Entlastung von betreuenden und pflegenden Angehörigen. Gezeigt hat sich auch, dass ältere Personen oftmals zu spät Hilfe und Beratung suchen. Also erst dann, wenn es kaum noch eine Alternative zu einem Heimeintritt gibt. Es ist daher zentral, dass ältere Menschen frühzeitig darüber aufgeklärt werden, welche Möglichkeiten an Unterstützung es gibt.

Das Luzerner Projekt hat bereits Nachahmer:innen gefunden. In der Stadt Bern gibt es seit 2019 sogenannte Betreuungsgutsprachen. In der



Stadt Zürich ist in diesem Jahr ebenfalls die Umsetzung eines Pilotprojekts geplant – «städtische Betreuungs- und Hilfsmittelzuschüsse» wird die Unterstützung genannt. Ob mit solch subjektorientiertem Ansatz selbstbestimmtes Altern sichergestellt werden kann, hängt nicht zuletzt von den finanziellen Mitteln und vom Versorgungsangebot der jeweiligen Gemeinde ab. Massgeblich für den Erfolg ist, dass Senior:innen von diesen Leistungen erfahren sowie diese auch tatsächlich beantragen und in Anspruch nehmen.

Insbesondere vulnerable, fragile, allein lebende und von Einsamkeit betroffene Menschen müssen gezielt angesprochen werden. Sehr wichtig ist ausserdem, ältere Menschen und ihre Angehörigen darin zu beraten, welche Leistungsansprüche es gibt und welches das für sie passende Angebot ist. Und: Es sollten auch jene Personen Unterstützung bekommen, die knapp keinen Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben. Entscheidend ist eine unkomplizierte Abklärung des Bedarfs an Unterstützungsleistungen, die von einer unabhängigen Stelle ermittelt wird. Gelingt es also, die Betroffenen frühzeitig über Unterstützungsangebote aufzuklären, und werden die administrativen und die rechtlichen Hürden niedrig gehalten, haben solche Gutscheine und Gutsprachen grosses Potenzial, älteren Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation ein selbstbestimmtes Altern in den darauf angepassten eigenen vier Wänden zu ermöglichen. So könnte sich Pedro Rodrigues einen Alarmknopf und einen Griff in der Dusche montieren lassen, und seine Kinder wären beruhigt. Margrit Hunkeler würde mit dem Gutschein ihre Tanztherapie bezahlen. Nach der Stunde wäre sie vielleicht verschwitzt und erschöpft. Dafür würde sie sich locker und wohl fühlen. ✕

→ Weiterbildungen:

CAS Soziale Gerontologie; CAS Sozialhilfe – Recht, Verfahren und Methoden; CAS Sozialversicherungsrecht

UWE KOCH und RAHEL STROHMEIER NAVARRO SMITH sind Dozierende am Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe. Er leitet Weiterbildungen zu Sozialversicherungsrecht und Sozialhilfe, sie leitet Weiterbildungen zu Sozialhilfe und unterrichtet und forscht zu den Themen Altern und Armut.



Armes reiches Land

Nicht heizen, nie im Restaurant essen, auf den Franken genau budgetieren: Trotz staatlich regulierter Altersvorsorge leben in der Schweiz 50 000 ältere Menschen in schwerer Armut. Warum das so ist – und was wir dagegen tun könnten.

Von RAINER GABRIEL

Die gute Nachricht zuerst: Was Existenzsicherung im Alter angeht, war das letzte Jahrhundert für die Schweiz eine Erfolgsgeschichte. Um 1900 wurde praktisch bis zum Lebensende gearbeitet, und wer nicht mehr für sich selbst sorgen konnte, musste auf die Unterstützung der Familie zählen. Auch zum Zeitpunkt der Einführung der ersten staatlichen Altersvorsorge im Jahr 1948, der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), war Altersarmut noch weit verbreitet. Heute haben die meisten Pensionierten hingegen ein gesichertes Einkommen, besitzen Häuser, haben Ersparnisse. Doch nicht nur der AHV beziehungsweise dem Drei-Säulen-System, das 1972 im Gesetz verankert wurde, ist dieser Fortschritt zu verdanken. Auch das gestiegene Bildungsniveau, die zunehmende Berufstätigkeit von Müttern und der Umstand, dass mehr Menschen in besser bezahlten Büroberufen und weniger in der Landwirtschaft oder in der Fabrik arbeiten, haben dazu beigetragen.

Diese Erfolgsgeschichte führte zu einem falschen Narrativ, das bis heute kursiert: Dass es Altersarmut in der Schweiz, diesem wohlhabenden, idyllischen Land, praktisch gar nicht gebe. Und wenn doch, dass es sich dabei nur um vereinzelte «armi Sieche» handle, die entweder Pech im Leben hatten oder – zumindest teilweise – selbst schuld seien. Wie konnte es dazu kommen? Im Jahr 2008 publizierte das Bundesamt für Sozialversicherungen einen Forschungsbericht über die wirtschaftliche Situation von Personen im Erwerbs- und Pensionsalter. Unter anderem verglich man den Anteil von Personen mit mehr als einer Million Franken Vermögen. Dieser lag bei den Pensionierten etwa dreimal so hoch wie bei den Erwerbstätigen. Lauffeuerartig verbreitete sich in den Medien die Nachricht: Den Alten geht es blendend, während viele Jungen untendurch müssen. Der Mythos der «reichen Alten» war geboren. Sozialpolitisch wurde die Frage der Alterssicherung zu diesem Zeitpunkt weitgehend unter «Mission erfüllt» verbucht.

Stereotyp der «reichen Alten»

Nur ein Jahr später veröffentlichte die Stiftung Pro Senectute Schweiz ihre Armutsstudie «Leben mit wenig Spielraum». Darin berichteten Sozialarbeitende von ihren Erfahrungen mit armutsbetroffenen Senior:innen. Die Studie zeigte deutlich: Es gibt sie eben doch noch, die Altersarmut, auch wenn es den meisten Pensionierten gut oder sogar sehr gut geht. Dennoch hielt sich das Stereotyp der «reichen Alten», es wurde bloss neu verpackt. In einer grossen Armutsstudie von 2014 hält das Bundesamt für Statistik fest, dass die Armutsquote

der älteren Bevölkerung zwar rund doppelt so hoch liegt wie diejenige der Erwerbsbevölkerung. Jedoch wird argumentiert, dass diese Bevölkerungsgruppe über besonders hohe Vermögenswerte verfüge, die notfalls verbraucht werden können. Auch die Aktualisierung dieser Studie im Jahr 2020 wiederholt dies, obwohl beide Untersuchungen keine Aussagen darüber machen, inwiefern der Kompensationseffekt tatsächlich für die einkommensschwachen Senior:innen zutrifft.

Im vergangenen Jahr beauftragte Pro Senectute Schweiz uns – ein Forschungsteam der ZHAW Soziale Arbeit – damit, ihre Armutsstudie zu aktualisieren. Mit dem Altersmonitoring, das wir gemeinsam mit der Universität Genf erstellten, konnte aufgezeigt werden, dass im Jahr 2022 ganze 14 Prozent der Senior:innen weniger als 2400 Franken pro Person und Monat zur Verfügung haben und darum als arm gelten. Dies sind rund 300 000 Pensionierte, also etwas mehr als die Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft.

Einmal benachteiligt, immer benachteiligt

Noch viel besorgniserregender: Darunter befinden sich 46 000 Personen, die keinerlei nennenswertes Vermögen – auch keine Immobilien – besitzen, mit dem sie ihre Situation verbessern könnten. Es handelt sich also nicht nur um vereinzelte Schicksale, sondern es liegt ein strukturelles Problem vor. Weiterführenden Analysen zeigten, dass Frauen, Personen ohne obligatorische Schulbildung sowie Personen mit Migrationshintergrund besonders häufig betroffen sind.

Wie kommt es, dass so viele Menschen in einem Land mit gut ausgebauter Altersvorsorge arm sind? Ein Teil der Antwort findet sich im Drei-Säulen-System. Es setzte sich Anfang der 1970er-Jahre gegen das von (ganz) Links befürwortete Konzept der Volkspension durch, das in einer Volksabstimmung wuchtig verworfen wurde. Gemäss diesem Modell wäre die AHV massiv ausgebaut und als zentrales Mittel der Existenzsicherung im Alter positioniert worden. Stattdessen wählte die Schweiz ein Modell, bei dem die einkommensabhängige berufliche Vorsorge – die zweite Säule – eine zentrale Rolle bei der finanziellen Sicherung im Alter übernimmt. Dieses System benachteiligt Menschen, die nicht ihr ganzes Erwerbsleben in der Schweiz verbrachten, nicht erwerbstätige oder in Teilzeit arbeitende Menschen sowie jene mit tiefem Einkommen. Letztere zwei Kategorien betreffen mehrheitlich Frauen. Das System der Altersvorsorge reproduziert also in bedeutendem Ausmass vorherrschende

Das System reproduziert Ungleichheit: zwischen Frauen und Männern, zwischen Gut- und Geringverdienenden, zwischen hier und anderswo Geborenen.

Ungleichheiten: zwischen Frauen und Männern, zwischen Gut- und Geringverdiener:innen, zwischen hier Geborenen und Eingewanderten.

Doch auch das erklärt nicht, weshalb fast 50 000 Personen mit einem Einkommen unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben. Vielmehr dürfte es daran liegen, dass Ergänzungsleistungen beantragt werden müssen. In diesem Punkt unterscheiden sie sich von anderen Sozialleistungen wie der Prämienverbilligung zur Krankenkasse, bei denen Personen, die aufgrund ihres Einkommens vermutlich Anspruch darauf hätten, mit einem Informationsschreiben über diesen Anspruch informiert werden. Zwar müssen diese Personen dann noch den nicht unkomplizierten Antrag ausfüllen und einreichen, aber allein das Anstupsen ist bereits sehr wertvoll. Mit anderen Worten: Es scheint viele Menschen mit Anspruch auf Ergänzungsleistungen zu geben, die diese aber nicht beziehen.

Scham und Stolz

Das Phänomen des Nichtbezugs ist seit den 1980er-Jahren bekannt. Dennoch stieg das Forschungsinteresse daran erst im letzten Jahrzehnt. Damit wurde der Nichtbezug erstmals als sozialpolitisches Thema ernst genommen. Für die Schweiz liegen nur wenige Zahlen vor. Eine Ausnahme bildet eine Untersuchung von Oliver Hümbelin von der Berner Fachhochschule für den Kanton Bern. Er kommt zum Schluss, dass fast ein Drittel aller pensionierten Personen im Kanton Basel-Stadt, die einen Anspruch auf Ergänzungsleistungen hätten, diese nicht einfordern.

Was sind die Gründe, die zu einem Nichtbezug führen? Der französische Politologe Philippe Warin beschreibt vier mögliche Konfigurationen: Nicht-Wissen: Der bezugsberechtigten Person fehlt es an Informationen zu den Sozialleistungen. Nicht-Beantragen: Die bezugsberechtigte Person entscheidet sich bewusst gegen einen Bezug,







zum Beispiel aus Scham, Stolz oder weil es ihren Wertvorstellungen widerspricht. Oder aber sie weiss nicht, wie man den Antrag korrekt ausfüllt. Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit fürchten möglicherweise, den Aufenthaltsstatus zu verlieren.

Nicht-Erhalt: Aufgrund von administrativen Fehlern kommt es nie zu einer Zahlung.

Nicht-Angebot: Die Beratungsperson versäumt es, die bezugsberechtigte Person über eine Sozialleistung zu informieren.

Vor allem die ersten zwei Konfigurationen dürften eine wichtige Rolle spielen. Genaue gesamtschweizerische Zahlen über das Ausmass des Nichtbezugs von Ergänzungsleistungen gibt es derzeit allerdings keine. Einzig von Basel-Stadt weiss man, dass 29 Prozent der zum Bezug von Ergänzungsleistungen berechtigten Personen diese nicht beziehen.

Auftrag an die Soziale Arbeit

Mit dem zweiten Teilbericht unserer Armutsstudie für Pro Senectute Schweiz, der demnächst erscheinen wird, wird diese Forschungslücke geschlossen. Auf der Basis von Zahlen, die wir erhoben haben, sowie anderen Datenquellen werden wir eine erste gesamtschweizerische Schätzung zum Ausmass des Nichtbezugs abgeben. Ebenso prüfen wir verschiedene Hypothesen: Zeigen sich Unterschiede, ob Personen allein oder mit jemandem wohnen? Gibt es einen Stadt-Land-Graben? Und trifft es wieder dieselben Risikogruppen besonders stark, also Frauen, Personen ohne obligatorische Schulbildung und Migrant:innen?

Ohnehin müssen wir uns fragen: Wie lässt sich Altersarmut bekämpfen? Manche sagen vielleicht: Lassen wir doch einfach die positiven Faktoren noch ein bisschen länger wirken. Die besonders gefährdete Gruppe der Personen ohne obligatorische Bildung wird in Zukunft immer kleiner werden, die Beschäftigungsmuster von Frauen und Männern werden sich langsam, aber stetig angleichen, und die durch das Altersvorsorgesystem erzeugten Geschlechterunterschiede bei der Altersarmut werden abnehmen. Was einer solchen Argumentation allerdings widerspricht: Wir können jetzt schon voraussagen, dass die Altersarmut trotz solcher Verbesserungen nicht verschwinden wird. Dazu braucht es mehr.

Das erste wichtige Handlungsfeld besteht darin, das in die Jahre gekommene System der Altersvorsorge zu verbessern. Bei der letzten Abstimmung über die AHV-Revision wurde viel über den «Gender Pension Gap», also den Unterschied

Der Unterschied bei Renteneinkommen von Frauen und Männern kommt vor allem durch die zweite Säule. Gekoppelt mit der tradierten Rollenteilung.

bei den Renteneinkommen zwischen den Männern und den Frauen, diskutiert. Dabei wurde ein wichtiger Aspekt vernachlässigt: Dieser Unterschied kommt hauptsächlich durch die zweite Säule, gekoppelt mit der starken geschlechterspezifischen Rollenteilung in der Schweiz, zustande. Hier gilt es, die längst fälligen Anpassungen umzusetzen: Die Eintrittsschwelle muss reduziert werden, damit auch Personen mit kleinen Arbeitspensen und/oder Einkommen abgesichert werden – was eben besonders Frauen zugutekäme.

Das zweite Handlungsfeld ergibt sich durch die Erkenntnis, dass Altersarmut stark mit dem Nichtbezug von Ergänzungsleistungen zusammenhängt. Hier muss das Ziel sein, den Nichtbezug zu reduzieren oder sogar zum Verschwinden zu bringen. Dabei bieten sich mehrere Möglichkeiten. So sollten Altersorganisationen, Sozialdienste, aber auch die Gemeinden und die Kantone die Bevölkerung über diese Sozialleistung systematisch aufklären – so wie es im Bundesgesetz über die EL steht. Politisch könnte man sich auch für alternative Auszahlungsmodi einsetzen. Warum nicht aufgrund der Einkommenssituation einen Antrag für EL versenden, ähnlich wie bei der Prämienverbilligung?

Und zuletzt muss die zentrale Rolle der Sozialarbeitenden hervorgehoben werden. Deren Aufgabe ist es, Betroffene bei der Umsetzung ihres Anspruchs zu begleiten. Gerade Personen ohne obligatorische Schulbildung oder solche, die in handwerklichen Berufen gearbeitet haben, können mit administrativen Prozessen, mit Formularen und im Austausch mit den Behörden überfordert sein. Dann gilt es, betroffenen Personen zu helfen. In diesem Sinne sind die Sozialarbeitenden an vorderster Front, wenn es darum geht, Altersarmut erfolgreich zu bekämpfen. ✕

→ Studie «Pro Senectute Schweiz Altersmonitoring & Alterssurvey»
zhaw.ch/altersmonitoring

RAINER GABRIEL ist Dozent und Forscher am Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe. Mit Sonja Kubat und Forschenden der Universität Genf führte er im Auftrag von Pro Senectute Schweiz das Altersmonitoring durch. Dazu befragten sie im Sommer 2022 rund 4500 Personen über 55 Jahren in allen Kantonen.



BEATRICE BURGNER



PATRIK MANZONI



NATALIE BÜHLER

MIT

«Es reicht nicht mehr, das Alphatier einer Gruppe zu finden»

Warum steigt die Jugendkriminalität? Welche Rolle spielen Männlichkeitsnormen? Und gibt es in der Schweiz Gangs? Eine Gewaltberaterin, ein Kriminologe und eine Jugendarbeiterin geben Auskunft.

Interview: REGULA FREULER

Seit 2015 ist die Zahl der Straftaten von Jugendlichen um rund ein Drittel gestiegen. Vor allem Gewaltdelikte werden deutlich häufiger registriert. Patrik Manzoni, wie lässt sich das wissenschaftlich erklären?

PM Aus der Forschung sind zahlreiche Risiko- oder Belastungsfaktoren bekannt, die zu delinquentem Verhalten führen können. Wenn man Faktoren aus Studien vor 2015 mit den Ergebnissen neuerer Studien vergleicht, findet man Erklärungsansätze. Und da sieht man zweierlei: Erstens gibt es nicht den einen Faktor, zweitens ist Jugenddelinquenz hierzulande kein Massenphänomen, sondern es gibt Gruppen von Jugendlichen, die hoch belastet sind und die mehr Straftaten begangen.

Um welche Faktoren geht es?

PM Mit Mehrfachtäterschaft in Zusammenhang stehen unter anderem ein delinquenter Freundeskreis, Drogenkonsum, gewaltbefürwortende Einstellungen, geringe Selbstkontrolle, familiäre Umstände wie geringe elterliche Kontrolle und elterliche Gewalterfahrungen, der sozioökonomische Hintergrund oder Schulschwänzen. Eine 2021 durchgeführte Studie zu Jugenddelinquenz im Kanton Zürich zeigt, dass es eine kleine Gruppe von Jugendlichen gibt, die viel mehr Delikte begangen hat als bei der letzten Befragung im Jahr 2013 – und die mit zehn Faktoren und mehr sehr hoch belastet ist.

Natalie Bühler, spiegelt sich das auch bei Ihnen in der Offenen Jugendarbeit wider?

NB Unsere Jugendtreffs sind zwar nicht der Ort, wo die Gewalttaten normalerweise passieren oder die von kriminellen Jugendbanden frequentiert werden. Dennoch stellen wir ganz klar zwei Dinge fest: Gewalt hat als Gesprächsthema unter Jugendlichen deutlich zugenommen, und die Situation vieler Jugendlicher ist in den vergangenen Jahren prekärer geworden.

Was meinen Sie mit «prekär»?

NB Das heisst: Die familiären Verhältnisse sind schwierig, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist involviert, es gibt wechselnde Heimsituationen, oder Jugendliche werden von der Schule verwiesen, ohne dass eine neue Struktur da ist, die sie auffängt. Es gibt Jugendliche, die zu Hause nicht regelmässig zu essen bekommen. Manche

«Harte Drogen gehören heute zum Leben vieler Jugendlicher dazu.»

BEATRICE BURGNER

kommen so hungrig zu uns, dass sie sich sogar auf Sellerie stürzen – und das will etwas heissen. Mittlerweile hat darum über die Ferien immer mindestens eine Einrichtung der OJA Offene Jugendarbeit Zürich geöffnet.

Welchen Einfluss hatte die Corona-Pandemie auf die Zunahme der Gewalttaten?

NB Ich sehe sie nicht als Ursache, aber als Katalysator. Dazu kommt der Lehrstellenmangel in der Stadt Zürich, er drückt auf die Motivation in der Schule. Und natürlich machen sich der Lehrpersonenmangel und die daraus folgenden häufigen Wechsel der Lehrpersonen bemerkbar. Schüler:innen, die Probleme in der Schule haben, werden nicht mehr gleich gut abgeholt. Das hat seit Corona zugenommen.

Beatrice Burgener, Sie arbeiten seit fast 15 Jahren als Konfliktberaterin für gewalttätige Jugendliche. Was hat sich verändert in dieser Zeit?

BB Am stärksten verändert hat sich der Substanzkonsum. Wobei nicht unbedingt die Häufigkeit des Konsumierens zugenommen hat, sondern oft werden härtere Drogen konsumiert. Harte Drogen gehören heute zum Leben vieler Jugendlicher dazu.

PM Das bestätigen auch Studien: Cannabis ist bei allen Täter:innen stark verbreitet und die harten Drogen bei den sogenannten Intensivtäter:innen.

Was sind Intensivtäter:innen?

PM Das sind Täter:innen, die – nach Definition von einigen Kantonen – innerhalb von sechs Monaten mindestens fünf Delikte ausgeübt haben, eines davon ein Gewaltdelikt.

BB Was sich auch verändert hat: Ich stelle vermehrt kriminelle Jugendbanden fest. Lang

BEATRICE BURGNER ist Konflikt- und Gewaltberaterin für straffällige Jugendliche sowie Inhaberin der connect bb GmbH.

PATRIK MANZONI forscht am Institut für Delinquenz und Kriminalprävention und unterrichtet Studierende der ZHAW Soziale Arbeit.

NATALIE BÜHLER ist Mitglied der Geschäftsleitung des Vereins OJA Offene Jugendarbeit Zürich.



lautete der Konsens, es gebe in der Schweiz keine Gangs. Das hätte ich früher bestätigt. Es waren eher lose Gruppen. Heute sage ich: Es gibt eindeutig feste Gruppierungen, die einander schützen und sich in Nullkommanichts via Chat zusammenrufen. Von Jugendlichen in meiner Beratung höre ich, dass auf einen solchen Aufruf dann nicht nur drei oder vier, sondern 50 bis 60 zusammenkommen können.

Patrik Manzoni, Sie haben 2021 für eine Studie 11000 Jugendliche auch zum Thema kriminelle Jugendbanden befragt. Mit welchem Ergebnis?

PM Wir fragten sie: Hast du eine Gruppe von Jugendlichen? Seid ihr mehr als drei Monate zusammen? Seid ihr häufiger im öffentlichen Raum unterwegs? Findet ihr es okay, wenn man verbotene Sachen macht? Macht ihr zusammen auch verbotene Sachen? Auf all diese Fragen antworteten rund 11 Prozent mit Ja. Das sind allerdings nicht signifikant mehr als bei der letzten Befragung von 2013.

BB Ob die Zahlen, die mir von Jugendlichen genannt wurden, stimmen, sei dahingestellt. Aber deutlich wird, dass nicht zuletzt durch soziale Netzwerke neue Möglichkeiten entstehen, um sich innert Kürze zu organisieren.

Natalie Bühler, haben Sie in der Offenen Jugendarbeit mit kriminellen Jugendbanden zu tun?

NB Sicher nicht in diesem Ausmass und auch nicht in den Treffs selbst. Aber auch wir stellen ein verändertes Gruppenverhalten fest. Durch die sozialen Medien entstehen Gruppen, die im tradierten Sinn eigentlich gar keine sind.

Was heisst das?

NB Manchmal treffen sich Jugendliche in unseren Einrichtungen, die einander fragen, wie sie heissen und woher sie kommen. Die Antwort kann Zürich lauten, aber auch Thurgau, Glarus ... das ist neu. Früher galt man als Peer, wenn man zusammen zur Schule oder in denselben Sportclub ging, in derselben Siedlung aufwuchs oder verwandt war.

Was bedeutet das für die Jugendsozialarbeit?

NB Ich bin überzeugt, dass wir erst am Anfang dieses Phänomens stehen. Wir müssen uns neue Methoden erarbeiten. Es reicht nicht mehr, das Alphabet einer Gruppe zu finden und mit ihm zu arbeiten. Es hat nicht mehr eine einzelne Person über längere Zeit starken Einfluss auf eine Gruppe, sondern ständig je-

mand anderes. Es wäre interessant, herauszufinden, ob dieses Phänomen der Bandenbildung Vorschub leistet.

BB Ein Hinweis darauf ist das Anzeigeverhalten der Jugendlichen. Früher konnten sie ein Delikt melden, zum Beispiel wenn sie gemobbt wurden, und darauf vertrauen, dass es nachher aufhört. Diese Gewissheit empfinden Jugendliche heute nicht mehr. Was sie erleben, ist: Wenn man jemanden anzeigt, dann wird es nur noch schlimmer. Sie haben Angst vor Rache.

Warum vertrauen Jugendliche den Instanzen wie etwa der Schulsozialarbeit nicht mehr?

BB Ich nehme ein gewisses Misstrauen gegenüber den Fachpersonen auch wahr. Heute wird stärker Druck von der Gruppe auf den oder die Einzelne ausgeübt. Wir als Berater:innen, aber auch Sozialarbeitende haben nicht die Möglichkeit, Jugendliche im Alltag genügend zu schützen, weil die Vernetzung durch die sozialen Medien so stark ist und weit über lokale oder regionale Kreise hinausgeht. Es ist für junge Menschen zunehmend schwierig, aus einer Bande auszusteigen. Ständig wird man wieder angeschrieben und hineingezogen. Es geht sogar so weit, dass Aussteiger:innen mit Falschanzeigen bedroht oder gerächt werden.

Was können Fachpersonen dann überhaupt tun?

BB Es ist nun umso wichtiger, eine starke und vertrauenswürdige Arbeitsbeziehung zu den Jugendlichen aufzubauen. Sie in ihrer Lebenswelt zu verstehen, ernst zu nehmen und abzuholen. Erst dann ist es möglich, aufrichtig mit den betroffenen Personen über ihre Schwierigkeiten, Ängste und Nöte zu sprechen.

PM Für das veränderte Anzeigeverhalten, das angesprochen wurde, gibt es noch eine weitere Erklärung: die persönliche Einstellung dazu, wie man mit Gewalt umgeht. Man will kein:e Verräter:in sein, weil es Ehrensache ist, sich selbst zu verteidigen, wenn man angegriffen oder beleidigt oder die Ehre der Familie beschmutzt wird. Und wie verschiedene Studien zeigen, hat der Anteil der Männlichkeitsnormen zustimmenden Jugendlichen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

Sucht man Anschluss an eine Jugendbande, weil man solche Einstellungen teilt?

PM Allgemein sucht man sich Freund:innen, die einem ähnlich sind und vielleicht dieselben Probleme haben wie man selbst. Wer der

Gewalt gegenüber positiv eingestellt ist, wird sich entsprechende Freund:innen suchen. Diese haben dann vielleicht auch schon Gewalt oder Straftaten ausgeübt. Ob man dann erst in der Gruppe gewalttätig wird – das wäre der lerntheoretische Ansatz – oder ob sich nur bereits gewalttätige oder kriminelle Jugendliche zu einer Gruppe zusammenschliessen – was man den Selektionseffekt nennt –, lässt sich aufgrund der Studien nicht klar sagen.

NB Meines Erachtens geschieht es oft aus einer Not. Warum bezeichnen sich Jugendliche als Teil einer Gruppe junger Menschen, die nicht ihre Freunde sind? Bei uns gibt es Jugendliche, die einander Essen und Kleider bringen. Oder ein Sofa zum Übernachten anbieten, wenn einer auf Kurve ist. Da kann eine starke Abhängigkeit entstehen. Ich habe oft das Gefühl, dass manche Jugendliche gar nichts anderes kennen. Das sind keine Freundschaften, in denen man sich füreinander freut, wenn zum Beispiel einer eine Lehrstelle findet. Stattdessen gilt er als Streber und «Loser». Es soll ihm nicht besser gehen als einem selbst. Und so beginnt die Abwärtsspirale.

BB Ich kann das bestätigen. Vor allem in Familien, in denen die Eltern als hilflos erlebt werden oder gar abwesend sind, haben Jugendliche das Gefühl, sich selbst beschützen zu müssen. Alle Jugendlichen, mit denen ich bis jetzt gearbeitet habe, haben selbst Opfererfahrungen gemacht – und zwar unabhängig davon, aus welchem sozialen Milieu sie stammen.

Eltern stehen seit einiger Zeit stark in der Kritik, gerade wenn es um übervolle jugendpsychiatrische Kliniken und um Jugendkriminalität geht.

PM Fehlende elterliche Kontrolle ist erwiesenermassen ein Faktor für Jugenddelinquenz. Auch wenn Eltern zu wenig Grenzen setzen oder ganz allgemein die Bindung wenig stark ist. Wobei ich betonen möchte, dass ich niemanden verurteilen will. Die Gründe der Eltern, sich nicht eingehender mit ihren Kindern auseinanderzusetzen oder auseinandersetzen zu können, sind ganz unterschiedlich.

BB Heute wird erwartet, dass die Eltern alles richten – und die Schule. Das sind überladene Systeme. Der Rest der Gesellschaft kümmert sich nicht. Ich vermisse das Kollektivbewusstsein.

Wie könnte man dieses stärken?

NB Zum einen muss man ein Vorbild sein. Doch statt selbst respektvoll mit den Jugendlichen

«Bei uns gibt es Jugendliche, die einander Essen und Kleider bringen.»

NATALIE BÜHLER

zu sprechen, wenn man sich gestört fühlt, beschimpft man sie, wirft einen Gegenstand aus dem Fenster oder ruft man die Polizei. Wie sollen Jugendliche da lernen, dass man miteinander reden statt brüllen und sich prügeln soll? Zum anderen muss man die Systeme viel besser zusammenbringen: Eltern, Schulen, Fachstellen. Und man muss die Systeme stärken, statt sie noch mehr zu überlasten wie beispielsweise die Schule. Lehrpersonen sollen unterrichten und nicht noch unzählige andere Dinge übernehmen müssen.

PM Ich stimme dem zu, aber wenn man früh anfangen will, dann landet man eben doch bei den Eltern. Die grosse Herausforderung in der Präventionsarbeit ist, dass man viele Eltern von Kindern in diesem Alter nicht erreicht. Und wenn körperliche Strafen im familiären Umfeld toleriert werden, sehen Eltern auch keinen Grund, Unterstützung zu holen. Sich in den privaten Bereich einzumischen, ist immer noch heikel, auch für Aussenstehende wie beispielsweise Nachbar:innen.

BB Ich finde, in unserer Gesellschaft wird zu sehr auf die bürgerliche Kernfamilie fokussiert. Auf das Zweiersystem Mutter-Vater oder das Ein-Eltern-System, die alles können und abdecken müssen. Da haben wir uns verrannt. Früher war das Umfeld grösser, seien es Verwandte, seien es Freund:innen oder Nachbar:innen. Die Erfahrung aus meiner Arbeit mit Familien zeigt: Viele Familien sind überfordert. Sie müssen den starken gesellschaftlichen Wandel und die damit verbundenen Herausforderungen und Frustrationen allein stemmen. Wer kann das schon? X

→ Veranstaltung «Jung und delinquent – was tun?»
am 7. März 2023
zhaw.ch/sozialearbeit/veranstaltungen



Wer sich nicht schützt, brennt aus

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien zählt zu den spannendsten, aber anspruchsvollsten im Sozialbereich. Viele halten nicht lange durch.

Von DENISE JEITZINER

Carmelo Campanello klingt fröhlich und entspannt am anderen Ende der Telefonleitung – obwohl ein ganzer Arbeitstag hinter ihm liegt und sein Job alles andere als einfach ist. Campanello leitet die Pestalozzi-Jugendstätte Burghof in Dielsdorf. 40 junge Männer zwischen 15 und 20 Jahren leben hier – die eine Hälfte auf Anordnung der KESB oder des Sozialdienstes, die übrigen, weil sie straffällig geworden sind: Suizidversuche, Drogen- oder Medikamentenmissbrauch, Drogenhandel, Raubüberfälle, Körperverletzungen. Die Bewohner haben in ihrem jungen Alter schon viel erlebt.

Sicherheit geht vor

«Wie die meisten Kinder und Jugendlichen in stationären Institutionen haben sie Mühe, ihre Emotionen zu verstehen und zu regulieren», erklärt Campanello. Sie werden auch einmal gewalttätig, entweichen aus dem Heim oder greifen zu Joints. «Etwa 90 Prozent der Klienten im Burghof haben ein akutes Problem mit Drogen.» Man kann sich also ungefähr ausmalen, wie gefordert die rund 30 Sozialpädagog:innen hier sind. Trotzdem müsse man jeden Tag versuchen, ruhig zu bleiben und das zugrundeliegende Problem im Fokus zu behalten, sagt Carmelo Campanello. «Es geht also nicht nur darum, die jungen Männer vom Kiffen abzuhalten. Sie sollten auch lernen, mit Gefühlen wie Frust, Ohnmacht oder Verzweiflung klarzukommen.»

Aber manchmal sei es einfacher, mit einem Kübel Wasser loszurennen, um einen Schwelbrand zu löschen, statt sich zu überlegen, wo der Brandherd sei. Campanello spricht gerne in Metaphern, und man versteht sofort, was er meint. Es gilt, das wahre Problem hinter den Gefühls- und Gewaltausbrüchen zu erkennen und heisse Situationen möglichst strukturiert zu bewältigen. Die Sicherheit der Mitarbeitenden geht dabei vor. Dass diese physisch und psychisch unversehrt bleiben, ist für Campanello essenziell: «Sie geben sehr viel von sich. Ihre Persönlichkeit ist ein zentrales Instrument, um Versäumnisse

in der Erziehung und der Sozialisierung als kritisches Gegenüber oder als Identifikationsfigur zu bearbeiten.»

Das birgt jedoch auch ein erhebliches Risiko, weiss Thomas Gabriel, Leiter des Instituts für Kindheit, Jugend und Familie: «Insbesondere bei den Menschen, die sich sehr stark engagieren und eine grosse Nähe zu den Kindern und Jugendlichen eingehen, ist die Gefahr eines emotionalen Burn-outs hoch.» Umso wichtiger ist es, die nötigen Ressourcen und richtigen Mittel zu haben, um in diesem fordernden Berufsfeld unbeschadet bestehen zu können. Genau hier gibt es jedoch ein Problem: An den Fachhochschulen werden Sozialpädagog:innen und Sozialarbeitende zunehmend zu Generalist:innen ausgebildet; die Bandbreite reicht von der Kleinkinderbetreuung bis zur Sterbebegleitung. Es bleibt also zu wenig Raum für spezifisches Wissen. Man lerne im Studium beispielsweise nicht, wie man sich konkret verhalten könne, wenn Jugendliche Gewalt ausüben, die Integrität von Betreuungspersonen verletzen oder einen verbal provozieren, sagt Thomas Gabriel. Wer zu wenig gut gewappnet ist, droht schneller auszubrennen.

Die Fluktuation im Heimerziehungsbereich ist entsprechend hoch. Erschwerend hinzu kommen der Schichtbetrieb und die Bezahlung, die schlechter ist als in anderen Praxisfeldern. Der Fachkräftemangel hat die Situation zusätzlich verschärft. «Wir erhalten im Vergleich zu vor drei Jahren kaum noch Bewerbungen auf ausgeschriebene Stellen», sagt Heimleiter Campanello. Ein neues Phänomen ist das allerdings nicht, weiss Thomas Gabriel aus einer Analyse von Kinder- und Jugendheimen zwischen 1950 und 1990. Schon damals sei es ein grosses Problem gewesen, qualifiziertes Personal zu finden. «Das ist bedauerlich, denn das Berufsfeld ist extrem spannend.»

Das wachsende Problem will man nun aber entschärfen – mit spezifischen Weiterbildungen für Fachpersonen. Bei der ZHAW startet im Herbst ein neuer CAS-Lehrgang. «Ziel ist, dass Sozialarbeitende schwierige Situationen über

die Fachlichkeit und die Reflexion differenzieren und somit besser bewältigen können», erklärt Thomas Gabriel. Carmelo Campanello wird ebenfalls unterrichten. Sein Thema: «Thinking under fire». Die Teilnehmenden lernen etwa, wie sie in bedrohlichen Situationen die eigenen Gefühle als Seismografen für die Perspektive der Jugendlichen nutzen können. «Die Emotionen, die ein:e Klient:in bei einem Mitarbeitenden auslöst, sagen viel über die Befindlichkeit der Klientin bzw. des Klienten aus», erklärt Campanello und nennt das Beispiel eines Jugendlichen, der stinksauer und unerwartet aggressiv zur Wohngruppe zurückkehrt. «Wenn ich ihn konfrontiere, kann die Situation eskalieren. Wenn ich ihm stattdessen mitteile, was er durch sein aggressives Verhalten bei mir auslöst und beispielsweise sage: «Jetzt fühle ich mich unwohl. Was habe ich getan?», wird er womöglich innehalten und erwidern: «Der Lehrmeister ist ein Idiot, er hat mich genervt.»» So ergebe sich die Chance, die Situation zu entschärfen, sowie die Emotionen des Jugendlichen zu verbalisieren und sie ihm selbst zugänglich zu machen.

Herausfinden, was einem gut tut

Campanello betont aber, dass nicht nur persönliche Kompetenzen, sondern auch institutionelle Konzepte nötig seien, um in Stresssituationen richtig reagieren zu können. «Wichtig ist, dass diese Konzepte den Mitarbeitenden den nötigen Raum lassen, um gemeinsam mit den Klient:innen individuelle Lösungen erarbeiten zu können.» Im Burghof zählen auch Supervisionen, Weiterbildungen, Intervisionen, sowie der Austausch und das Reflektieren mit Arbeitskolleg:innen zum Standard. «Im Vergleich zu vor 20 Jahren stehen Mitarbeitenden in sozialpädagogischen Institutionen vermehrt Instrumente, also Ressourcen, zur Verfügung, um mit den belastenden Situationen klarzukommen», sagt Heimleiter Carmelo Campanello. Sie helfen dabei, herauszufinden, was einem gut tue. Wie es am Telefon klingt, scheint er seine Instrumente für sich gefunden zu haben. ✕

Bei Gefühls- und Gewaltausbrüchen junger Menschen ruhig zu bleiben und das wahre Problem dahinter zu erkennen, erfordert spezifisches Wissen.

→ **Neue Weiterbildung:**
CAS Professionelles Arbeiten in der Heimerziehung und in Pflegefamilien



† Die meisten der über 300 Erwachsenen und Jugendlichen, die vom Kanton Uri mit einer fürsorglichen Zwangsmassnahme belegt wurden, kamen in die nahegelegene Zwangsarbeitsanstalt Kaltbach im Nachbarkanton Schwyz. Hier eine Arrestzelle.

‡ Die Insass:innen vertrauten ihr Leid den Wänden an, in Texten und Zeichnungen. Eine schrieb: «Ich bin 17 Jahre alt, einsam und verlassen. Man lässt mich hier, weil ich eine Freundin habe. Das alles können sie nicht verstehen, weil sie kein Herz für andere besitzen. Sie sind kalt wie Marmor.»

Ich bin 17 Jahre alt
einsam + verlassen
in dem Land wo ich lebe
weil ich eine Freundin
habe. Das alles können
sie nicht verstehen weil
sie kein Herz für andere
besitzen. Sie sind kalt
wie Marmor.

«Ich bin 17 Jahre alt, einsam und verlassen»

Warum es ohne persönliche Erinnerungen von Betroffenen nicht möglich wäre, das dunkle Kapitel der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen im Kanton Uri aufzuarbeiten.

VON NADJA RAMSAUER

Über fürsorgerische Zwangsmassnahmen berichteten die Medien in den vergangenen Jahren oft. Dennoch hielt sich in Uri lange die Meinung: In unserem Kanton wurde nie jemand in einer Anstalt versorgt. Vor diesem Hintergrund begannen wir – ein Forschungsteam des Instituts für Kindheit, Jugend und Familie, vor zwei Jahren, über fürsorgerische Zwangsmassnahmen im Kanton Uri zu forschen. Darunter fallen zum Beispiel Einweisungen in Heime und Arbeitserziehungsanstalten, Zurückschaffungen ganzer Familien in den Heimatkanton oder Entmündigungen. Es stellte sich heraus, dass die Urner Behörden im 20. Jahrhundert weit über 300 Erwachsene und Jugendliche in An-

stalten eingewiesen hatten, meistens in die nahegelegene Zwangsarbeitsanstalt Kaltbach im Nachbarkanton Schwyz, die von 1902 bis 1971 existierte. Wer dort das strenge Regime nicht befolgte, verbrachte Tage und Wochen im Arrest, und wenn es der Anstaltsvorsteher so anordnete, sogar im Dunkeln. Die drei Zellen für die Frauen befanden sich auf dem Dachboden. In kompletter Isolation schrieben die Frauen Botschaften an die Wände für diejenigen, die ihnen in den Arrest folgen würden. Die Mitteilungen waren eine Form von Widerstand: «Ich bin 17 Jahre alt, einsam und verlassen. Man lässt mich hier, weil ich eine Freundin habe. Das alles können sie [das Personal] nicht verstehen, weil

sie kein Herz für andere besitzen. Sie sind kalt wie Marmor.» Diese Graffiti legen noch heute ein bewegendes Zeugnis ab vom Anstaltsalltag und der Verzweiflung der Insassinnen.

Rund zehn Kinder brachte die Urner Behörden jedes Jahr in die Erziehungsanstalt Uri in Altdorf. Die Klosterfrauen des Seraphischen Liebeswerks führten das Heim streng katholisch. Ständiges Beten prägte den Alltag. Lichterlöschen war um 21 Uhr. Wer beim Schwatzen erwischt wurde, musste eine demütigende Strafaufgabe erledigen, beispielsweise vor allen anderen Kindern auf den Knien Wasser aufwischen, das die Ordensschwwestern ausgekippt hatten. Die betroffenen Personen berichten auch von Isolation. Am Anfang ihres Aufenthalts durften sie gar nicht und später nur übers Wochenende zu den Eltern: «Auch nach Hause telefonieren war verboten. Wir hatten oft Heimweh. Viele weinten in der Nacht im grossen Schlafsaal.» Ein anderer Betroffener schildert Ähnliches: «Man war einsam. Das Heimweh am Abend war sehr ansteckend. Oft weinten mehr als zehn Buben im Schlafsaal.»

Strenger Tagesablauf

In den Akten steht über das Geschilderte nichts. Sie zeigen den Blick der Behördenmitglieder auf die betroffenen Personen. Als «arbeitsscheu», «lasterhaft» oder «verwahrlost» wurden sie oft taxiert. Andere Archivmaterialien wie eine Hausordnung geben Aufschluss darüber, wie der Tagesablauf in der Zwangsarbeitsanstalt Kaltbach oder im Kinderheim Uri organisiert war. Die kurzen Austrittsberichte wiederum lassen erahnen, wie die Ordensschwwestern ihre erzieherischen Aufgaben interpretierten, wenn sie vom «verschlossenen», «finsternen» oder «schwierigen Charakter» der Kinder sprachen und sie als «hinterlistig» oder «unehrlich» bezeichneten.

Einen Eindruck davon, wie die betroffenen Personen den Alltag in Kaltbach oder Altdorf erlebten, geben diese Dokumente nicht. Nur die rückblickenden Erzählungen der Betroffenen – oder

Wie gefällt Ihnen das «sozial»?

Wir arbeiten stetig daran, unser Magazin für Wissenschaft und Praxis in Sozialer Arbeit zu verbessern. Dazu brauchen wir Ihre Meinung. Scannen Sie den QR-Code und machen Sie bei unserer Online-Umfrage mit. Unter den Teilnehmenden verlosen wir:

5 × zwei Gutscheine für einen sozialen Stadtrundgang von «Surprise»

5 × zwei Karten für eine Vorstellung von «Riesenhaft in Mitteleuropa» (AT) von und mit Theater Hora, Das Helmi Puppentheater, Nicolas Stemann & Schauspielhaus Zürich Ensemble (Premiere: 22. April 2023)

Teilnahmeschluss: 31. März 2023



zhaw.ch/sozial-umfrage

im Falle von Kaltbach auch die Graffiti - vermögen das zu vermitteln. Wir haben deshalb für unsere Forschung mit einem Aufruf über die Opferberatung und andere Kanäle nach Betroffenen im Kanton Uri gesucht. Vier Personen haben sich gemeldet und uns ihre Geschichte erzählt. Erst diese Schilderungen machten es möglich, in allen Dimensionen zu beleuchten, was der zwangsfürsorgliche Eingriff für diese Menschen bedeutete.

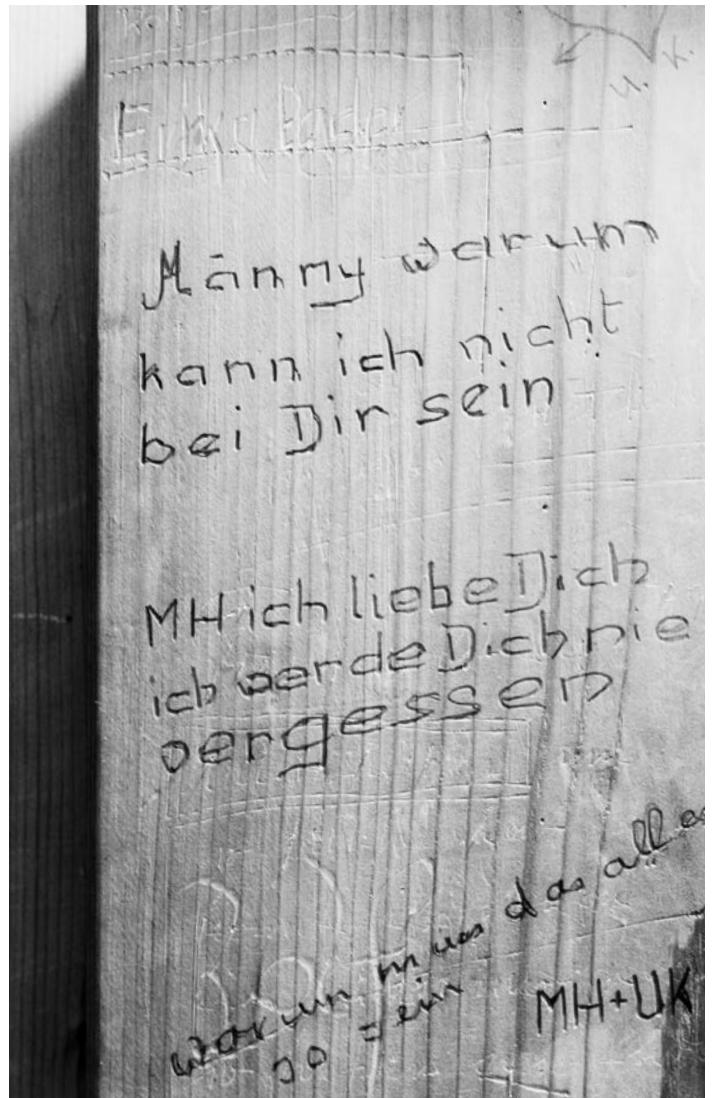
Schweigen für immer

Ein Beispiel dafür sind die Festschriften und die Jahresberichte zum Kinderheim Uri. Regelmässig wurden darin besondere Anlässe wie Ausflüge, Weihnachts- und Geburtstagsfeiern als Höhepunkte des Jahres geschildert. Das steht im harten Kontrast zu den Erinnerungen der Betroffenen: «Viel war da nicht an Weihnachten, ein paar Mandarinen mit Kerzen auf dem Tisch und ein kleiner Christbaum im Speisesaal. Aber Geschenke gab es nicht, Weihnachten wurde nicht gefeiert. Auch Geburtstagsfeste gab es keine.» Wichtig sei den Schwestern gewesen, Idylle zu präsentieren: «Gegen aussen mussten wir immer funktionieren. [...] Im Heim machten wir Theaterauftritte. Dann kamen jeweils die Höheren aus der Gemeinde, und wir mussten das einfach machen, ob wir wollten oder nicht. Es war eine reine Inszenierung. Wenn ein Behördenvertreter seinen Pflichtbesuch abstattete, sprach er nur mit den Schwestern, nicht direkt mit uns. [...] Seine Verantwortung, nach uns zu schauen, nahm er nicht wahr.»

Die Lebensgeschichten von administrativ versorgten Personen sind geprägt von schwerwiegenden Benachteiligungen und Notlagen. Ihre Situation während einer Anstaltseinweisung war oft aussichtslos. Die Methode der Oral History, also das Befragen von Zeitzeuginnen, vermag aufzuzeigen, was den betroffenen Menschen in den Heimen und den Anstalten widerfuhr und wie sie das erlebten. Die persönlichen Erzählungen sind für die Forschung deshalb von unschätzbarem Wert. Ihre



Die erste verschliessbare Türe im Dachboden, hinter der sich drei ebenfalls abschliessbare Zellen befinden.



Botschaften an der hölzernen Zellentür: «Männly, warum kann ich nicht bei Dir sein», «M. H., ich liebe Dich, ich werde Dich nie vergessen», «Warum muss das alles so sein, M. H. + U. K.»

Erinnerungen erweitern das Wissen über fürsorgerische Zwangsmassnahmen, das aus der Analyse von schriftlichen Quellen gewonnen wird. Bis es so weit war, hat es in der Schweiz lange gedauert. Schon in den 1980er-Jahren verlangten administrativ Versorgte eine historische Aufarbeitung und dass ihre Stimme gehört wird. Erst die vom Bundesrat 2014 eingesetzte Unabhängige Expertenkommission Administrative Versorgungen kam der Forderung einer möglichst umfassenden Aufarbeitung nach und im Moment befasst sich das Nationale Forschungsprogramm 76 mit dem Thema Fürsorge und Zwang. Vor Herausforderungen stellt Forschende allerdings die Tatsache, dass je tabui-

sierter ein Thema ist, desto schwieriger es wird, betroffene Personen zu finden, die Auskunft geben. So hatten, nachdem das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 im Jahr 2017 in Kraft getreten war, nur 25 Urner:innen ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag eingereicht. Das ist ein Bruchteil aller Personen, die Zwangsmassnahmen erlebt haben. Die meisten der Betroffenen haben nie erzählt, was ihnen widerfahren ist. Manchmal wussten nicht einmal die engsten Familienangehörigen von ihrem Schicksal. X

→ Studie «Fürsorgerische Zwangsmassnahmen im Kanton Uri»
zhaw.ch/zwangsmassnahmen-uri

NADJA RAMSAUER ist Professorin am Institut für Kindheit, Jugend und Familie. Mit Susanne Businger, Forscherin der ZHAW, hat sie diese Studie durchgeführt.

Die Zitate im Text stammen aus dem Historischen Neujahrsblatt 2022 (Beiträge zur Urner Geschichte) sowie aus Band 7 der Veröffentlichungen der UEK Administrative Versorgungen von 2019.



Audrey Hauri leitet bald die Hauptabteilung Soziales des Kantons Glarus.

Chefin auf Augenhöhe

Die Sorgen anderer ernst zu nehmen, lernte Audrey Hauri von ihrer Mutter. Heute ist sie federführend beim Lösen sozialer Probleme in Glarus.

Von JOEL BEDETTI

Die Mutter war Beizerin. Das hat Audrey Hauri geprägt. Denn die Beiz war nicht bloss Gasthaus, sondern auch informeller Sozialdienst von Niederrn, diesem kleinen Dorf im Glarner Unterland. «Viele der Männer tranken dort nicht nur Bier. Sie berichteten auch von ihren Sorgen», erinnert sich Hauri. Das ist wohl einer der Gründe, weshalb die 44-Jährige so ziemlich das Gegenteil des bunckerähnlichen Gebäudes repräsentiert, in dem sie arbeitet: Partizipativ und auf Augenhöhe begegnet die Leiterin der Sozialen Dienste des Kanton Glarus jenen, die mit ihr zu tun haben. In breitem Glarner Dialekt erzählt sie, wie sich dieser informelle Sozialdienst ihrer Mutter auch in Gastfreundlichkeit äusserte. Das durfte eine Gruppe junger Musiker aus Ghana erleben, die 1976 nach einem Auftritt in der Nähe mit leeren Taschen im Dorf strandeten. Sie konnten für ein paar Wochen bleiben. Einer blieb gleich ganz – und heiratete die Wirtin. Zwei Jahre später wurde Audrey geboren.

Nach der Matura schrieb sich Hauri für das Studium Sozialarbeit und Sozialpolitik an der Universität Freiburg ein. Bereits in der Schule setzte sie sich gern für andere ein. Ein Jahr nach Studienbeginn starb ihr Stiefvater, mit dem ihre Mutter inzwischen zusammenlebte. Hauri zog nach Glarus zurück, um der Mutter zur Seite zu stehen. Das Studium setzte sie an der ZHAW fort. Es war praxisnäher ausgerichtet als das Unistudium. Hauri absolvierte darum auch gleich einen Einsatz in einer betreuten Wohneinrichtung: «Ich wollte richtig anpacken.»

Mutige Glarner:innen

Nach dem Studienabschluss, Hauri war inzwischen Mutter geworden, baute sie ab 2006 im Teilpensum die kantonale Schuldenberatung auf und ab 2011, zusammen mit Kolleg:innen, die Schulsozialarbeit in der Gemeinde Glarus. Ein Jahr später stimmte die Landsgemeinde der Einführung der Schulsozialarbeit im ganzen Kanton zu. Im konservativen Glarus, erklärt Hauri, kämen Neuerungen später an als etwa in Zürich. Dafür seien die Entscheidungswege kurz und die Menschen mutig: «Man nimmt das Telefon in die Hand, und schon bewegt sich was.» Das motivierte Hauri, den konsekutiven Master in Sozialer Arbeit an der ZHAW anzuhängen. Ausschlaggebend für die Wahl der Hochschule war der modulare Aufbau. «Das erlaubte mir, Studium, Beruf und Familie zu vereinbaren.»

Bald wusste Hauri, worauf sie sich fokussieren wollte: Als Schulsozialarbeiterin hatte sie immer wieder feststellen müssen, dass im Austausch mit Lehrpersonen und Schüler:innen die Eltern zu

Fachlichkeit, die

[Fach|lich|keit]

kurz kamen. Für ihre Masterarbeit führte sie darum Interviews mit Schulsozialarbeitenden sowie mit Müttern von Schüler:innen, denn: «Eltern sind Expert:innen der Lebenswelt ihrer Kinder.» Das Fazit ihrer Arbeit: Schulsozialarbeit kann als Brückenbauerin Eltern und Schule zusammenbringen. Die Eltern sollen partizipieren und dadurch Ängste ablegen können. Hauris Vorschlag: neue Formen der Begegnung ermöglichen. Also beispielsweise Schulbazare und Elterncafés durchzuführen, statt einzig auf Elterngespräche zu setzen.

Alles ist möglich

Noch vor Studienende stieg Hauri zur Leiterin der Sozialen Dienste auf. Sie stand nun 40 Mitarbeitenden vor und verantwortete Bereiche von der Sozialhilfe über die Schulsozialarbeit bis zur Bewährungshilfe. Der Master habe ihr Selbstbewusstsein gegeben für Verhandlungen mit Politiker:innen, aber auch den Umgang mit anderen Amtsträger:innen, etwa Jurist:innen. «Sozialarbeitende werden manchmal als aufopfernde Helfer:innen gesehen, dabei sind wir Expert:innen für soziale Probleme und arbeiten evidenzbasiert.» Um auch fürs System-, Marketing- und Ressourcen-Management gerüstet zu sein, absolvierte sie kürzlich eine Ausbildung in Nonprofit Management. Die Abschlussarbeit steht gerahmt auf einem Regal in ihrem Büro. Es ist das neue Leitbild der Sozialen Dienste von Glarus. «Kein Wort darin ist von mir», sagt Hauri und lacht. «Aber ich begleitete den Prozess, in dem mein Team gemeinsam Haltungen, Werte und Normen diskutierte und den Text verfasste.» Kaum war die Ausbildung zu Ende, stand der nächste Karriereschritt an. Ihr Vorgesetzter, der Leiter der Hauptabteilung Soziales, geht in Rente und sie übernimmt seine Aufgaben. Dazu gehört auch der Bereich Asyl. Damit wird sie ab Juni die grösste Flüchtlingskrise Europas seit dem Zweiten Weltkrieg für den Kanton Glarus meistern müssen. Das bedeutet viele lange Arbeitstage. Doch das sei sie sich gewohnt, sagt Audrey Hauri.

Nachdem sie alles erzählt hat, hält sie kurz inne. Als man sich beeindruckt zeigt von ihrem Lebenslauf, lächelt sie. «Ich habe immer viel von mir verlangt. Ich bin Frau, ich habe die Hautfarbe, die ich habe. Man könnte von doppelter Benachteiligung reden.» Aber so denke sie nicht, im Gegenteil: «Als Schulsozialarbeiterin hatte ich das Gefühl, ein Vorbild für Kids mit Migrationshintergrund zu sein. Sie sahen: Alles ist möglich.» X

→ **Master in Sozialer Arbeit:**
zhaw.ch/sozialarbeit/master

Der Begriff der «Fachlichkeit», bemerkt mit Wolfgang Hinte einer der Vordenker:innen der Sozialraumorientierung, werde im Diskurs der Sozialen Arbeit «geradezu inflationsartig definiert» und «leerformelhaft abgehandelt». Hinte trifft einen Punkt: Fachlichkeit meint laut Duden-Wörterbuch so etwas wie die Tatsache, auf einem spezifischen Gebiet ausgebildet zu sein und deshalb dort gut begründete Entscheidungen zu treffen beziehungsweise entsprechend handeln zu können. Sozialarbeitende, so könnte man folgern, verfügen demnach über eine spezifische und möglicherweise alleinige Kompetenz, «das Soziale» zu gestalten.

Die Soziale Arbeit kennt heute über 70 Handlungsfelder und Adressierungen, die wiederum von einer Vielzahl theoretischer und methodischer Zugänge geprägt sind. Es ist also verständlich, warum Hinte auf den Begriff der Fachlichkeit derart allergisch reagiert: Schreibt man Sozialer Arbeit eine allzuständige Fachlichkeit zu, impliziert das Beliebigkeit – und kann zu einer Art Hybris führen, ohnehin alles besser zu können oder zu wissen als andere Professionen oder gar als die Adressat:innen selbst.

Wie also umgehen mit dem schwierigen Begriff? «Fach» kann man vom mittelhochdeutschen «vach» respektive dem althochdeutschen «fah» ableiten. Beide Begriffe beschreiben ein Stück beziehungsweise eine Abteilung einer Mauer, die aus etwas Zusammengefügtem, Gebundenem oder Geflochtenem besteht. Der Gedanke an Fachwerkhäuser liegt nahe. Bereits seit der Jungsteinzeit sind sie in Europa bekannt und zeichnen sich durch eine bemerkenswerte Stabilität, Langlebigkeit und Nachhaltigkeit aus. Über die Jahrhunderte wurde ihr Bau perfektioniert, gestützt auf Erfahrung, Wissen sowie den Austausch über Kulturräume und disziplinäre Grenzen hinweg. Alle Fachwerkhäuser haben eines gemeinsam: Sie bestehen aus «Gefachen», die mit lokalen Materialien wie Flechtwerk, Lehm und Bruchsteinen kunstvoll zu einem Ganzen zusammengefügt wurden – und doch sieht ein Zürcher Riegelhaus anders aus als ein norddeutsches Reethaus.

Verflechten, zusammenfügen, Stabilität herstellen und gestützt auf eine solide, sich permanent erweiternde Wissensbasis mit dem arbeiten, was die spezifische Situation ausmacht – dieses Bild scheint mir ein sehr tragfähiges Motiv für ein konstruktives, übergreifendes Verständnis von Fachlichkeit Sozialer Arbeit zu sein.

Von MARTIN BIEBRICHER, Co-Leiter
des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit
an der ZHAW.



Zweite Chance für junge Straffällige in Jordanien

Von SAHAR ALMAKHAMREH



Das jordanische Jugendstrafgesetz durchläuft seit einigen Jahren eine Reform. Bisher wurde bei jugendlichen Straffälligen auf Bussen und Haftstrafen gesetzt. Nun soll ein System entwickelt werden, das auf Wiedergutmachung und Resozialisierung aufbaut. Ich bin überzeugt, dass es Aufgabe der Sozialen Arbeit ist, dabei mitzuhelfen, andere Sanktionsmöglichkeiten als Haftstrafen zu finden.

Eine Alternative sind Sozialeinsätze. Gemeinsam mit einem Team der Al-Balqa Applied University, wo ich damals unterrichtete, untersuchte ich deshalb, ob und unter welchen Umständen Sozialeinsätze wirkungsvoll sein könnten. Wir führten die Studie 2014 mit Studierenden der Al-Balqa Applied University durch. Alle Teilnehmenden hatten die Hochschulregeln verletzt. Die einen, weil sie Fenster kaputtschlugen oder Messer auf sich trugen, andere waren aggressiv oder an Prügeleien beteiligt. Bei Regelverstößen dieser Art bekommen Studierende an hiesigen Universitäten eine Verwarnung. Bei der dritten Verwarnung fliegen sie von der Hochschule. Es gibt weder eine Alternative zum Ausschluss, noch eine Beratungsstelle, die niederschwellig Präventionsarbeit leistet.

Wir untersuchten eine zweistufige Alternative zu den bisherigen Sanktionen. Unsere Erkenntnisse mit den delinquenten Studierenden der Al-Balqa Applied University sollten das jordanische Justizministerium bei der Strafrechtsreform unterstützen und aufzeigen, inwie-

fern Soziale Arbeit die Politik und die Praxis der jordanischen Rechtsordnung beeinflussen kann. Unsere zweistufige Alternative beginnt mit einem Aggression Replacement Training (ART): eine in den USA entwickelte Methode, die eine kognitive Verhaltenstherapie beinhaltet. Die zweite Stufe sind Sozialeinsätze. Die finden entweder an der Hochschule statt, in landwirtschaftlichen Betrieben, der Strassenreinigung oder sozialen Einrichtungen. Zwei Dinge sind zentral: Die Verwandtschaft des Studierenden muss den Ort des Sozialeinsatzes akzeptieren, da in Jordanien die Gemeinschaftskultur viel ausgeprägter ist als der Individualismus. Und bei Frauen muss der Sozialeinsatz drinnen stattfinden, da solche Arbeit für Frauen schambehafteter ist als für

Männer. 44 Studierende im Alter von 19 und 20 Jahren nahmen an der Studie teil. Jede:r leistete einen Sozialeinsatz zwischen 15 und 20 Stunden. Nach diesen Einsätzen führten wir leitfadengestützte Interviews mit Studierenden und Institutionen durch. Die Rückmeldungen waren positiv. Ein Student sagte uns: «Die Sozialeinsätze gaben mir die Möglichkeit, mein Verständnis der Dinge zu verbessern. Es war wie eine zweite Chance. Ich bin froh, zu wissen, dass es Menschen gibt, die sich um mich kümmern.» Er war mit dieser Aussage nicht allein. Die meisten Studierenden empfanden die Strafaltemative als eine zweite Chance, die ihr Verantwortungsgefühl stärkte. Das jordanische

Parlament hat Sozialeinsätze für junge Straftäter:innen gutgeheissen und 2016 ins Jugendstrafgesetz implementiert. Das Parlament folgte bei seinem Entscheid dem Vorschlag des Justizministeriums, das sich auf unsere Studie bezogen hatte. Das hat mich persönlich sehr darin bestärkt, diese Art der Forschung weiterzutreiben. Zurzeit arbeiten wir daran, ein Beratungssystem für mentale Gesundheit an den Universitäten einzurichten. Wir Sozialarbeitende wissen: Kümmern wir uns nicht um die psychische Gesundheit der Studierenden, wird es niemand tun.

SAHAR ALMAKHAMREH ist Professorin für Soziale Arbeit an der German Jordanian University in Amman und steht dem Akkreditierungskomitee für Programme der Sozialen Arbeit in Jordanien vor. Sie war als Gastforscherin an der ZHAW.

Was hat eine Rutschbahn mit Sozialer Arbeit zu tun?

Angebote zur Kinderbetreuung verschaffen armutsbetroffenen Eltern Zeit, um eine Ausbildung zu machen. Neugierig geworden? Dann besuchen Sie unsere Events zu Praxis und Wissenschaft in Sozialer Arbeit.

Agenda

7. März	Um 6 im Kreis 5: Jung und delinquent – was tun?
30. März	OKR Unconference: How to make OKR work
4. April	Um 6 im Kreis 5: Sozialpädagogische Familienbegleitung – wie wirksam ist sie?
2. Mai	Um 6 im Kreis 5: Bildung für alle: was Armutsbetroffene brauchen
6. Juni	resoz23: Tagung zur Resozialisierung Straffälliger

Jetzt anmelden.



...I'M NOT
STRAIGHT.

I FIGURED
IT OUT...



Mehr lesen?
Newsletter abonnieren.

